

Forscher: Sprengung nicht zu verhindern

Katrin Gurt und ihre Studenten haben zu Vorgängen rund um die Vernichtung der Paulinerkirche recherchiert

VON MARIO BECK



Diese Aufnahme entstand wahrscheinlich am Tag vor der Sprengung der Paulinerkirche, rechts im Bild. Am 30. Mai 1968 wurde das Gotteshaus vernichtet.

Foto: Hugo Hempel

Ist die dem damaligen SED-Chef und DDR-Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht zugeschriebene Aussage „Die Kirche muss weg“ authentisch? Wie konnte die Leipziger Unikirche am 30. Mai 1968 trotz einer starken Protestbewegung gesprengt werden? Welche Rolle spielte die Stadtverordnetenversammlung? Diesen und weiteren Fragen ist im Vorfeld des 50. Jahrestages der Vernichtung von St. Pauli ein Team des Historischen Seminars der Uni nachgegangen. Unter der Ägide von Katrin Gurt recherchierten Studenten in Archiven und befragten Zeitzeugen zu dem damaligen Akt der Kulturbarbarei. Zu Ulbrichts Satz, den er in seiner Geburtsstadt zur Eröffnung der Leipziger Oper 1960 geäußert haben soll, fand sich in den gesichteten Dokumenten allerdings kein Nachweis.

Mit Sicherheit habe Ulbricht zwar den Entschluss zur Sprengung mitgetragen, „aber mit genau der gleichen Sicherheit war er nicht alleine verantwortlich“, sagte Gurt und verwies auf den großen Einfluss des Parteifunktionärs Paul Fröhlich. Als Mitglied des SED-Politbüros und erster Sekretär der Bezirksleitung habe er seine Mitentscheidungsgewalt als Kirchengegner in Leipzig ausgenutzt. Viele Belege gebe es auch für die Stasi-Aktivitäten im Zusammenhang mit der Zerstörung des Gotteshauses und den Protesten dagegen.

Zum Beispiel hatte eine Gruppe von Theologiestudenten versucht, die Stadtverordneten umzustimmen. Sie besuchten die Volksvertreter sogar zu Hause, wurden zum Teil aber schon auf der Treppe abgefertigt. Am 23. Mai 1968 wurde per Beschluss der Stadtverordnetenversammlung das Schicksal der Kirche besiegelt. Nur Pfarrer Siegfried Rausch stimmte dagegen. Explizit zur Kirchensprengung wurde jedoch nicht votiert, sondern es ging, so Gurt „um die Perspektivkonzeption der Stadt Leipzig bis 1970“.

Die Historikerin kommt nach Auswertung der Gespräche und Unterlagen zu dem Schluss, dass die Sprengung unter den damaligen politischen Umständen nicht zu verhindern war. „Natürlich gab es auch intensiven Widerstand, aber ein nicht unerheblicher Teil der Bevölkerung war unwissend.“ Die Leute hätten „Tausend andere Probleme gehabt“, gab ein befragter Bürger rückblickend zu Protokoll. Mit einer spektakulären Aktion hatten fünf junge Wissenschaftler am 20. Juni 1968 in der Kongreßhalle noch einmal für Aufsehen gesorgt. Ein Transparent, auf dem der Wiederaufbau der Kirche gefordert wurde, entrollte sich dort vor großen Publikum per Automatik. Zwei der Beteiligten wurden später festgenommen, zu langjährigen Haftstrafen verurteilt und schließlich von der BRD freigekauft. mabe